

An die
Mitglieder des
Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr

Antrag der Fraktion FREIE WÄHLER nach § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT

Die Fraktion FREIE WÄHLER hat mit Schreiben vom 7. Januar 2022 beantragt, folgenden Punkt gemäß § 76 Abs. 2 der Vorl. GOLT auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung zu setzen:

„Auswirkungen der EU-Taxonomie auf die Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen in Rheinland-Pfalz“.

Begründung:

Durch den von der EU-Kommission vorgelegten Plan „EU Taxonomie“ werden sich vielfältige Auswirkungen auf Unternehmen und Gesellschaft ergeben. Vor allen Dingen die ESG Kriterien bewirken nachhaltige Auswirkungen auf Branchen. Auch in Rheinland-Pfalz gibt es bedeutende Unternehmen der Sicherheits- und Rüstungsindustrie, die aufgrund der ESG-Kriterien nun im Geschäftsablauf gravierende Nachteile zu befürchten haben. Etwa kündigen Banken Geschäftskonten oder Kreditlinien, um Nachteile für das eigene Ansehen oder Bewertungen von Kapitalanlegern zu vermeiden. Diese Auswirkungen gilt es in Blick zu nehmen, da etwa auch die Polizei auf Sicherheitsausrüstung angewiesen ist und diese auf Produkte aus Deutscher, bzw. Produktion aus Rheinland-Pfalz auch in Zukunft zurückgreifen können müsste.

Vor diesem Hintergrund bitten wir die Landesregierung um Berichterstattung und Beantwortung von Fragen:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Auswirkungen der EU-Pläne auf die Rüstungs- und Sicherheitsunternehmen in Rheinland-Pfalz?
2. Kann die Landesregierung vermittelnd tätig werden, wenn Unternehmen der Branche gravierende Standortnachteile erleiden?
3. Wird die Landesregierung beratend zur Seite stehen, um etwa in Problemlagen (z.B. Bankverbindung) zu helfen?

4. Welche Bedeutung hat die Sicherheits- und Rüstungsbranche für Rheinland-Pfalz? Hier bitte nicht nur die Unternehmen mit Produktionsstandort berücksichtigen, sondern etwa auch Bundesbehörden und weitere Zuliefererunternehmen die mit der Branche in Verbindung stehen und Arbeitsplätze und Wirtschaftskraft im Land Rheinland-Pfalz erzeugen.